

Argumentationshilfe zur Finanztransaktionsteuer

Aufgabe liberaler Politik ist es, den Ordnungsrahmen für das Handeln auf den Finanzmärkten durch bessere Regulierung zu stärken, Fehlentwicklungen vorherzusehen und die Mitverantwortlichen der Krise für ihr Handeln in Haftung zu nehmen.

Die christlich-liberale Koalition muss auch hier die Versäumnisse ihrer Vorgänger aufarbeiten. Es war die Rot-Grüne Bundesregierung, die Investmentmodernisierungsgesetz und Hedgefonds zugelassen hat, ohne den Ordnungsrahmen für neue Finanzprodukte zu verbessern.

Wenn die internationale Staatengemeinschaft sich auf eine Finanztransaktionssteuer verständigt, wird sich die FDP nicht dogmatisch gegen eine solche Maßnahme stellen. Auch bei der Regelung der Finanzmärkte darf es keine deutschen Sonderwege und nationale Alleingänge geben. Deshalb ist die FDP offen für die Prüfung geeigneter Steuerungsmaßnahmen.

Die FDP bezweifelt unverändert, dass die Finanztransaktionssteuer ein geeignetes Mittel zur marktwirtschaftlichen Neuordnung der Finanzmärkte nach den Prinzipien Freiheit und Wettbewerb aber auch Verantwortung und Haftung ist.

Uns Liberalen ist es wichtig, dass nicht die Sparer und Kleinanleger für das Fehlverhalten der Verursacher der Finanzkrise haften müssen. Für uns Liberale gilt, dass das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft gerade auch auf den Finanzmärkten gelten muss.

Die FDP präferiert die Finanzaktivitätsteuer, um Exzesse am Finanzmarkt zu beseitigen. Der Koalitionsausschuss hat sich am 18. Mai 2010 auf den Kompromiss verständigt, dass über die Bankenabgabe hinaus der Finanzmarkt an den Kosten der Krise zu beteiligen ist.

Die Bundesregierung wird sich auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer (d.h. Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer) einsetzen. Die Liberalen sind bereit, hochspekulative Geschäfte zu verhindern. Es bleibt zu klären, ob dies mittels einer Transaktionssteuer oder Aktivitätssteuer geschehen müsse. Gleichzeitig ist klar, dass Steuern kein Patentrezept für alle Probleme sind.

1. Was ist eine Finanztransaktionsteuer?

Die Finanztransaktionsteuer (=FTT) besteuert alle Finanztransaktionen, egal ob Devisen oder Wertpapiere, außerbörslich oder börslich gehandelt. Dadurch ergeben sich bei den verschiedenen Steuern natürlich auch verschiedene Lenkungseffekte und Aufkommen. Eine generelle Finanztransaktionsteuer unterscheidet damit nicht zwischen der Einzahlung für eine Riester Rente oder einer börslichen Bewegung. Unternehmen, die sich gegen Währungs- und Rohstoffrisiken am Kapitalmarkt absichern müssen, werden damit zusätzlich belastet. Diese Steuer würde wie die Mehrwertsteuer im Handel auf die Kunden abgewälzt und würde jede Überweisung verteuern. Sie unterscheidet nicht zwischen „guter“ und „schlechter“ Überweisung. Diejenigen, die eine FTT befürworten, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie Fürsprecher einer Steuer sind, welche unter einem Vorwand als eine ergiebige Finanzquelle instrumentalisiert wird.

2. Was ist eine Finanzaktivitätsteuer?

Die Finanzaktivitätsteuer (=FAT) besteuert nicht die Kleinanleger, sondern Gehälter und Gewinne von Finanzmarktakteuren. Hierdurch wird verhindert, dass bestimmte Akteure am Finanzmarkt ausschließlich schnelle Gewinne machen, welche sich dann in kurzfristigen Quartalszahlen und somit in Bonizahlungen niederschlagen. Sie besteuert nicht jeden einzelnen Geschäftsvorgang oder die Substanz von Anlagen. Sie lässt die Daseins- und Altersvorsorge einfacher Anleger aus der Mitte der Gesellschaft unangetastet. Die FAT trifft zielgenau diejenigen Spekulanten, die zu den Verursachern der Krise gehören. Im Ergebnis sollen demnach über die FAT nicht das schnelle Geld und verzerrte Quartalsergebnisse zählen, sondern soll ein vernünftiges Wirtschaften über einen längeren Zeitraum gefördert werden.

3. Warum ist die Finanzaktivitätsteuer fairer und zielgenauer?

Die FAT ist fairer, denn sie besteuert, anders als bei der FTT, nur dort, wo auch Gewinne entstehen und nicht, wenn Verluste gemacht werden. Gerade dieser Aspekt ist für den kleinen Sparer wichtig. Die Verluste am Kapitalmarkt gefährden dadurch nicht die private Altersvorsorge.

4. Warum verfehlt die Transaktionsteuer ihre Ziele?

Ein früherer Vorstoß in Form der sogenannten Börsenumsatzsteuer, wurde zu recht 1991 durch das erste Finanzmarktförderungsgesetz abgeschafft. Nicht ohne Grund haben auch Länder wie Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Schweden und Spanien diese Steuer ebenfalls abgeschafft. Die Einnahmen aus ihr betragen 1990 lediglich 422 Millionen Euro.

Die Börsenumsatzsteuer ist schädlich und kontraproduktiv. Sie behindert die Kapitalbeschaffung zur Stärkung des Eigenkapitals, die Mobilität des Finanzkapitals, läuft dem Gedanken einer EU-weiten Integration der Märkte zuwider und stellt einen Wettbewerbsnachteil für den Finanzplatz Deutschland dar.

Die FTT setzt ebenfalls nicht bei den wirklichen Risiken für das Finanzsystem an: Bei großen und systemrelevanten Banken, die nicht pleite gehen dürfen. Die Steuer wird unabhängig vom jeweiligen Risiko der Transaktion erhoben und wirkt damit nicht zielgenau steuernd.

Kurzfristige Transaktionen sind nicht ausschließlich spekulativ, sondern erhöhen auch die Liquidität und gleichen Marktungleichheiten aus. Beides ist wichtig für effiziente und gut funktionierende Finanzmärkte.

Die Realwirtschaft wird auf eine ungerechte Weise belastet, wenn sich notwendige Transaktionen zwischen Unternehmen verteuern. Banken würden eine allgemeingültige Steuer auf ihre Kunden umwälzen. Wer glaubt, die Banken würden die FTT nicht an die Kunden weitergeben, glaubt auch, dass Kaufhäuser Mehrwertsteuer zahlen. Am Ende zahlt auch der kleine und mittlere Sparer und nicht die tatsächlichen Verursacher der Finanzkrise.

Ein Riester-Sparer zum Beispiel, der heute 30.000 Euro brutto verdient und den für die maximale Förderung notwendigen Betrag einzahlt, würde durch eine solche Steuer in 20 Jahren immerhin um 4.700 Euro gebracht.

5. Warum ist die Finanztransaktionsteuer für die Zukunft der Finanzmärkte schädlich?

Ein wesentliches Ziel der Finanztransaktionssteuer ist die Entschleunigung der Investitionsvorgänge an den Märkten. Aber führt das tatsächlich zu einer höheren Stabilität? Eine frühzeitig einsetzende Spekulation, die sich auf die dritte oder vierte Stelle hinter dem Komma bezieht, kann auch ein Indikator für einem beginnenden Trend sein. Gerade die Spekulation mit kleinsten Entwicklungen und Tendenzen wirkt oftmals auch puffernd und beruhigend auf den Markt. Mit der Erschwerung dieser Investitionen werden die Ausschläge an den Börsen sehr viel gravierender ausfallen. Aufgrund der Finanztransaktionssteuer werden Spekulanten nicht mehr auf kleine Entwicklungen oder Trends reagieren, sondern klare sich abzeichnenden Tendenzen vorwegnehmen, weil nur dies ihnen eine Rendite garantiert, welche ihnen die Kosten der Transaktionssteuer wieder einbringt. Die Märkte werden damit erheblich stärkeren Schwankungen ausgesetzt, Trends werden abrupter und sehr viel heftiger einsetzen, als dieses bisher der Fall ist. Die Finanztransaktionssteuer kann daher zu einem Risiko für die Stabilität und Sicherheit der Finanzmärkte werden. Die Transaktionssteuer wird die Märkte nicht entschleunigen, sie wird statt dessen dazu führen, dass diese härter, schneller und heftiger reagieren. Die dadurch entstehenden Unwuchten werden eine Beruhigung der Wirtschaft erschweren und stellen ein latentes Sicherheitsrisiko dar, dem kaum begegnet werden kann.